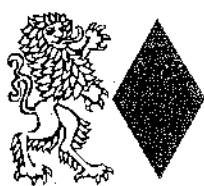


CSU

KOMMUNALPOLITIK DER CSU VERPFLICHTUNG UND AUFTRAG

KOMMUNALPOLITISCHE LEITSÄTZE

Beschlossen auf dem Kongreß der Kommunal-
politischen Vereinigung (KPV) der CSU am
18. Juni 1977 in Augsburg



7/64

KOMMUNALPOLITISCHE LEITSÄTZE

Beschluß des Kongresses der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) der CSU am 18.6.1977 in Augsburg. Er wird dem Parteitag der CSU am 23./24. September 1977 vorgelegt.

I. Kommunalwahlen 1978: Bayerns Bürger vor einer wichtigen Entscheidung

Bei den Kommunalwahlen am 5. März 1978 wird entschieden, wer bis 1984 die Geschicke der bayerischen Städte, Landkreise und Gemeinden lenken wird und welche Politik den unmittelbaren Lebenskreis der Menschen bis in die Mitte der 80er Jahre bestimmt.

Bund, Land und kommunale Selbstverwaltung sind Teilbereiche unserer gesamtstaatlichen Ordnung. Sie werden von den gleichen politischen Grundsätzen bestimmt. Zwischen diesen drei politischen Ebenen besteht ein enger Zusammenhang.

Auch in den kommenden Jahren geht es bei den Auseinandersetzungen im politisch Grundsätzlichen um die Frage "Freiheit oder Sozialismus". Die CSU als die gestaltende freiheitliche politische Kraft in Bayern kämpft dafür, daß Kommunalpolitik nicht als Ausgangspunkt und Mittel für Klassenkampf und Systemveränderung mißbraucht wird.

Die bayerischen Städte, Landkreise, Gemeinden und Bezirke brauchen eine Kommunalpolitik der Mitte und des Realitätsbewußtseins, ausgerichtet an einem Menschenbild, das von christlichen Wertvorstellungen geprägt und der personalen Freiheit und sozialen Verantwortung verpflichtet ist. Bayern braucht deshalb eine von der CSU gestaltete Kommunalpolitik.

II. CSU-Kommunalpolitik: Die Kommunalpolitik für den Bürger und seine Freiheit

Die Kommunalpolitik der CSU orientiert sich am Menschen selbst, nicht an Utopien von Ideologen, die dem Bürger ihre Vorstellung von Glück aufzwingen wollen. Kommunalpolitik ist kein Selbstzweck. Sie dient dem Recht aller Bürger, in ihrer Gemeinde die eigenen Lebensziele zu verwirklichen. Kommunalpolitik – wie die CSU sie versteht – muß daher die personale Entscheidungsfreiheit fördern, und den Freiheitsrechten des einzelnen Bürgers zu voller Geltung verhelfen.

Die Gemeinden und Landkreise müssen die Voraussetzung dafür bieten, daß jeder in eigener Verantwortung und persönlicher Freiheit, dem Ganzen verpflichtet, sein Leben gestalten kann. Das Leben in den Gemeinden und Landkreisen muß im Zeichen der Vielfalt freier Entwicklungsmöglichkeiten des Einzelnen und der Gruppen stehen:

Die KPV der CSU hält es im Interesse einer lebendigen Selbstverwaltung für notwendig, den kommunalen Verwaltungen einen Entscheidungsspielraum zu lassen, in dessen Rahmen die unterschiedlichen örtlichen, siedlungs-, sozial- und strukturpolitischen sowie geografischen Verhältnisse berücksichtigt werden können. Allumfassende staatliche Regelungen im Siedlungswesen, die eine totale Vereinheitlichung des Gesetzesvollzugs erzwingen, werden abgelehnt.

- Die KPV der CSU tritt für klare, einfache und zahlenmäßig weniger Gesetze und Vorschriften ein, die der Bürger verstehen kann. Ebenso tritt die KPV der CSU für einfache Verwaltungswege und kurze Bearbeitungszeiten ein.
- Die KPV der CSU fordert, Gesetze und Vorschriften auf Bestimmungen hin zu überprüfen, die sachlich nicht gerechtfertigt sind und den Bürger bevormunden. Überflüssige Genehmigungsvorbehalte und einengende Planungsvorhaben müssen abgebaut werden.

- Die KPV der CSU empfiehlt dort privaten und freigemeinnützigen Einrichtungen vor kommunalen Institutionen den Vorzug zu geben, wo mit ihnen die gleichen Ziele genauso gut oder besser erreicht werden können.

III. Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke: Grundlagen für eine lebendige Demokratie

Die Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke sind Grundlagen unseres Staatswesens. Die Institution der kommunalen Selbstverwaltung trägt zur Verteilung und Begrenzung von Macht im Staat bei; sie ermöglicht gleichzeitig den Bürgern, die öffentlichen Angelegenheiten ihres unmittelbaren Lebenskreises selbst mitzugestalten.

Für die KPV der CSU sind die Gemeinden, Landkreise und Bezirke Zentren demokratischer Staatsordnung und lebendiger Demokratie. Der überschaubare Raum von Städten, Märkten und Gemeinden fördert die persönliche Begegnung, erfordert Maßstäbe im menschlichen Umgang und macht öffentliche Angelegenheiten durchschaubar und kontrollierbar. Darin liegt Wertbindung und Geborgenheit zugleich.

Die Eigenständigkeit der kommunalen Selbstverwaltung umfaßt die Gesamtverantwortung für alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft. Hier wird der gesamte Rahmen unserer Lebensführung und Umwelt entscheidend geprägt, werden neue Bedürfnisse aufgenommen und Anstöße für neue Entwicklungen gegeben.

- Die KPV der CSU tritt entschieden für die Erhaltung und die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung auf allen kommunalen Ebenen ein. Nur leistungsfähige Gemeinden, Landkreise und Bezirke sichern dem einzelnen Bürger und der örtlichen Gemeinschaft die größtmögliche Entfaltung und Freiheit. Sie sind deshalb unverzichtbarer Bestandteil unserer freiheitlichen Ordnung. Gemeinden, Landkreise und Bezirke müssen Zentren kraftvoller bürgerlicher Mitwirkung und bürgernaher Verwaltung sein.

IV. Kommunale Selbstverwaltung: Verwaltung von Bürgern für Bürger

Die kommunale Selbstverwaltung lebt von der Eigenverantwortung des Bürgers, seiner Mitwirkung und seinem Eintreten für das Ganze. Für die KPV der CSU ist dieser personale Charakter der Kommunalpolitik von entscheidender Bedeutung. Kommunalpolitik muß die Interessen aller Bürger einbeziehen. Sie hat sich mit den Sorgen und Bedürfnissen der Menschen auseinanderzusetzen. Bürgerbeteiligung setzt rechtzeitige Information und ein hohes Maß an Öffentlichkeit und Verantwortlichkeit voraus.

- Die KPV der CSU will eine sparsame, rationelle, auf die Bedürfnisse des Bürgers ausgerichtete und für jedermann schnell erreichbare bürgernahe Verwaltung.
- Die KPV der CSU tritt dafür ein, daß die Bürger und die gesellschaftlichen Gruppen stärker an politischen Geschehen beteiligt werden. Dies kann aber weniger durch eine allgemeine Vermehrung formalistischer Beteiligungsrechte erreicht werden als vielmehr durch die erhöhte Bereitschaft der kommunalen Organe, der Verwaltung und der Parteien, sich der Probleme der Bürger rechtzeitig anzunehmen.
- Bürgerinitiativen werden von der KPV der CSU als Ergänzung der Eigeninitiative der kommunalen Selbstverwaltung begrüßt. Realistische Vorschläge für Einzelprojekte sind von den kommunalen Vertretungskörperschaften aufzugreifen. Egoistischen Anliegen ist hierbei zu widersprechen, da den gewählten Organen das Recht und die Pflicht zur Entscheidung unter Abwägung der Belange aller Bürger nicht genommen werden kann. Häufige und gut vorbereitete Bürgerversammlungen sind hierbei eine wertvolle Entscheidungshilfe.
- Die KPV der CSU tritt für eine Kommunalpolitik der offenen Tür ein, die die Öffentlichkeit nur soweit beschränkt, als dies die Interessen der Allgemeinheit und die Rechte einzelner gebieten.

- Die KPV der CSU bekämpft die Entwicklung zu Bürokratismus und zu übertriebenem Perfektionismus.

V. Die Gemeinden nach der Reform

Die Gemeinden und Landkreise als Träger öffentlicher Daseinsvorsorge und die Selbstverwaltung als Grundlage unseres Staates können sich nur behaupten, wenn sie für den Bürger leistungsfähig bleiben und den Rahmen für eigenständige politische Gestaltung bieten.

Die CSU hat sich dieser Herausforderung gestellt und in der Gebietsreform die räumlichen und organisatorischen Voraussetzungen für die Verbesserung der kommunalen Leistungskraft geschaffen. Sie hat dabei im Vergleich zu anderen Bundesländern erheblich geringere Richtwerte gewählt, die überdies nicht schematisch angewandt wurden, sowie alles getan, um möglichst vielen Bürgern die Mitwirkung in den Gemeinden und Kreistagen zu ermöglichen.

- Die KPV der CSU wird darauf hinwirken, daß die neuen Verwaltungseinheiten mit den entsprechenden Kompetenzen ausgestattet und mit politischem Leben ausgefüllt werden.
- Die KPV der CSU fordert, daß die publikumsintensiven Verwaltungsaufgaben ortsnah erledigt werden.
- Der KPV der CSU geht es nicht nur um die Verlagerung von staatlichen Verwaltungsaufgaben auf die Landkreise und Gemeinden, sondern um die Neuabgrenzung der öffentlichen Aufgaben im kommunalen Bereich, um den ursprünglichen Aufgabenbestand und die eigenverantwortlichen Entscheidungen der Gemeinden zu stärken. Das Verhältnis der kommunalen Ebenen zueinander sowie der Kommunen zum Staat wird dabei durch den Grundsatz der Subsidiarität bestimmt.
- Die KPV der CSU erwartet Beständigkeit nach Abschluß der Gemeindereform zum 1. Mai 1978. Weitere Veränderungen werden abgelehnt.

- Die Verwaltungsgemeinschaften sind eine dauernde, gleichwertige Form der Verwaltungsorganisation. Die Mitgliedsgemeinden sind selbständige Gemeinden im Sinne der Bayerischen Gemeindeordnung.

VI. Finanzierung kommunaler Aufgaben

Die Gemeinden sind der Ort, an dem die Auswirkungen der staatlichen Politik den Bürger besonders treffen, denn rund 3/4 aller Gesetze werden von den Gemeinden vollzogen. Unter schlechten Gesetzen und einer unsoliden Haushalts- und Wirtschaftspolitik des Bundes haben die Gemeinden und Landkreise derzeit am meisten zu leiden.

Die gegenwärtige, originäre Finanzausstattung der Kommunen birgt die Gefahr in sich, daß die Gemeinden und Landkreise immer mehr zu Kostgängern des Staates werden. Dieser ungünstigen Entwicklung kann nicht allein durch den kommunalen Finanzausgleich begegnet werden, dessen Leistungen in Bayern, auch im Vergleich zu anderen Bundesländern, als beispielhaft anzuerkennen sind.

- Die KPV der CSU fordert eine aufgabengerechte Verbesserung der Finanzsituation der kommunalen Selbstverwaltung durch Erhöhung des kommunalen Anteils am Gesamtsteueraufkommen und Erhaltung des bisherigen Anteils an der Kfz-Steuer. Dies darf jedoch nicht zu einer Erhöhung der Steuerbelastung des Bürgers führen.

Mehrbelastungen der Kommunen durch die vom Bund geplanten Steueränderungen muß ein äquivalenter finanzieller Ausgleich gegenüberstehen.

- Die KPV der CSU will die finanzielle Eigenständigkeit der Gemeinden durch die vorrangige Gewährung von allgemeinen Mitteln gegenüber den Zweckzuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs stärken. Der verstärkten Zuweisung freiverfügbarer Mittel für die Kommunen ist der unbedingte Vorrang vor weiteren Konjunktur- und Investitionsprogrammen des Bundes einzuräumen, zumal diese Programme dem föderalistischen Prinzip widersprechen.

- Die KPV der CSU wendet sich nachdrücklich gegen eine Gesetzgebung des Bundes, deren finanzielle Lasten — wie vor allem im Bereich der Sozialhilfe — den Kommunen aufgebürdet werden. Sie wird daher auch darauf dringen, daß bei allen neuen Bundes- und Landesgesetzen nicht nur die auf die Gemeinden und Landkreise zukommenden Folgekosten genau beziffert, sondern auch bei der kommunalen Finanzausstattung berücksichtigt werden.
- Die KPV der CSU wird sich dafür einsetzen, daß die kommunalen Planungen an der Dringlichkeit des Bedarfs unter Berücksichtigung der durch die allgemeine Wirtschaftslage verringerten Investitionsfähigkeit orientiert und die Folgekosten bei Neuinvestitionen stärker beachtet werden.

VII. Gemeinden und Ortschaften: Mittelpunkte kulturellen und geselligen Lebens

“Kulturpolitik soll die schöpferischen Kräfte des Menschen entfalten helfen, zu einer Weiterentwicklung des geistigen Erbes beitragen, dem Menschen eine lebenswerte Umwelt erhalten“ (CSU-Grundsatzprogramm).

Die Verwirklichung dieser Aufgabe erschöpft sich nach Auffassung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU nicht in der Wissensvermittlung durch die Schule — notwendig ist dafür in besonderem Maße der Erfahrungsbereich und Gestaltungsraum einer konkreten Umwelt. Dabei kommt den Gemeinden und Ortschaften als Mittelpunkt kulturellen und geselligen Lebens entscheidende Bedeutung zu. Hier werden durch den Denkmalschutz Werte unserer gebauten Umwelt gewahrt und durch Beibehaltung der Ortsnamen geschichtliche Bezüge und traditionelle Einbindungen lebendig erhalten. Die Schulen werden aufgefordert, die kulturelle Bedeutung des Lebensraumes der Schüler in den entsprechenden Unterrichtsfächern ausführlich zu würdigen. Private Initiativen von Bürgern und gesellschaftlichen Gruppen gestalten Bildungseinrichtungen vor und nach der Schule, die Selbstorganisation in Vereinen integriert Bürger unterschiedlicher Herkunft durch gemeinsame Zielsetzungen. All diese Initiativen sind für die Kommunalpolitik wertvoll, gleich ob es sich um eine sportliche, musikalische, heimatpflegerische, künstlerische, religiöse, allgemein kulturelle

oder auch rein gesellschaftliche Aufgabenstellung oder um Organisationen handelt, die der Daseinsvorsorge dienen (Feuerwehr, Sanitätswesen, Technisches Hilfswerk, soziale Dienste und dergleichen). Ähnliches gilt auch für Traditions- und Interessenverbände.

- Die KPV der CSU tritt für eine familienergänzende Bildung und Erziehung in den Kindergärten zu familiengerechten Gebühren ein.
- Die KPV der CSU unterstützt eine Bildungspolitik, die angesichts des Geburtenrückgangs möglichst nicht zur Vergrößerung von Schulsprengeln greift, sondern überschaubaren Schulen mit zumutbaren Schulwegen und einem erzieherischen Klima den Vorzug gibt.
- Die KPV der CSU fordert in ganz Bayern leistungsfähige Einrichtungen der Erwachsenenbildung mit einem breitgefächerten nachfrageorientierten Angebot, wobei Gemeinden und Landkreise bei der Förderung dem Grundsatz der Pluralität der Träger Rechnung tragen und die bestehenden Einrichtungen entsprechend ihrer Leistung berücksichtigen.
- Die KPV der CSU tritt für einen Denkmalschutz ein, der einer lebendigen Nutzung dient, nach einheitlichen Maßstäben erfolgt und das Mitspracherecht der Gemeinden voll berücksichtigt.
- Die KPV der CSU tritt im kulturellen und gesellschaftlichen Bereich für den Vorrang der Eigeninitiative vor öffentlicher Reglementierung ein. Hierbei sind die vielfältigen Initiativen der Bürger zu fördern, zu ermuntern und – wenn nötig – zu ergänzen.
- Die KPV der CSU fordert in diesem Zusammenhang, daß die gewachsenen Ortsnamen erhalten bleiben.
- Die KPV der CSU will darüber hinaus die Kulturpflege, die Sportbetätigung, die Jugendarbeit und die sozialen Dienste verstärkt unterstützt und ein Angebot an kulturellen Leistungen für alle Bürger sichergestellt wissen.

VIII. Die Zukunft unserer Städte: lebenswert – leistungsfähig – menschlich

Die Städte müssen als Zentren menschlichen Zusammenlebens und ihrer Versorgungsfunktion für das Umland lebenswert, leistungsfähig und menschlich erhalten und entwickelt werden. Die menschengerechte Stadt ist für die KPV der CSU Leitbild ihrer Städte- und Wohnbaupolitik. Siedlungsstruktur und Baudenkmäler sind Teil der gewachsenen, vertrauten Umwelt, prägen das Erscheinungsbild und die Eigenart eines Ortes; sie bilden ein wesentliches Stück Heimat. Sie gilt es zu sichern und zu erneuern. Die CSU tritt für überschaubare und ausgewogene Stadtstrukturen ein. Sie will verhindern, daß sich die Stadtkerne zu ausschließlichen Arbeits- und Einkaufszentren und die Randzonen zu reinen Wohngebieten entwickeln. In der Stadtentwicklung sind öffentlicher und Individualverkehr aufeinander abzustimmen und angemessen zu berücksichtigen. Die Kommunalpolitische Vereinigung der CSU betrachtet Stadt und Land als gleichwertigen Lebensraum, der in gleicher Weise zu fördern ist.

- Die KPV der CSU hält es für vordringlich, daß mehr als bisher auf die Bedürfnisse der kinderreichen Familien, der älteren Mitbürger und Alleinstehenden Rücksicht genommen wird.
- Die KPV der CSU unterstützt die Sanierung der Altbauten mit dem Ziel eines Wohnungsangebots zu günstigen Mieten, sowie die Förderung bedarfsgerechter Qualitätsverbesserung der Wohnungen.
- Die KPV der CSU will das Wohnungseigentum weiterhin fördern und den Familienheimbau, insbesondere für junge Familien, durch öffentliche Finanzhilfen unterstützen.
- Die KPV der CSU tritt mit Entschiedenheit allen Bestrebungen entgegen, die zu einer unzumutbaren Belastung des privaten Wohnungs- und Grundeigentums oder zu einer Aufspaltung des Eigentums an Grund und Boden in Verfügungs- und Nutzungseigentum führen. Sie legt ein klares Bekenntnis zur Erhaltung

des privaten Eigentums ab gegen alle Kommunalisierungsbestrebungen, wobei die soziale Bindung des Eigentums sichergestellt sein muß.

- Die KPV der CSU fordert ausreichend Spielflächen für Kinder und Jugendliche in erreichbarer Nähe von Wohnungen sowie Sicherung und weiteren Ausbau von Naherholungsgebieten.
Die KPV der CSU tritt, besonders in bereits bestehenden Wohngebieten, für die Förderung von Kommunikationsmöglichkeiten ein.

IX. Freiheitliche Kommunalpolitik: Soziale Verpflichtung für den Mitmenschen

Freiheitliche Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes heißt soziale Verpflichtung für den Mitmenschen. Die Familie verdient als Grundlage jeglichen Gemeinschaftslebens vorrangig Aufmerksamkeit und Förderung auch zur Stärkung ihrer Erziehungsfunktion. Politisches Handeln orientiert sich am Leitbild des selbstverantwortlichen Bürgers, gibt Hilfe zur Selbsthilfe, zielt auf soziale Gerechtigkeit und verpflichtet zur Hilfe für den Schwachen und sozial Benachteiligten. Die Integration der Benachteiligten setzt voraus, daß ihre Probleme und Bedürfnisse in allen Bereichen der Kommunalpolitik berücksichtigt werden und daß die Mitverantwortung aller Bürger für sie gefördert wird. Es geht dabei um die soziale Sicherung und Integration älterer und behinderter Mitbürger, um die Sorge für die jungen Menschen, die einen Arbeitsplatz suchen, um Erziehungs- und Familienhilfe, um ergänzende soziale Dienste sowie um Integrationshilfen für Nichtseßhafte, Rücksiedler und ausländische Arbeitnehmer. Das Gesundheitswesen muß ein bedarfsgerecht gegliedertes und funktional abgestimmtes modernes System der gesundheitlichen Sicherung anbieten.

- Die KPV der CSU fordert den Ausbau der ambulanten Pflege in den Gemeinden durch die Schaffung weiterer Sozialstationen und sozialer Dienste, die gleichmäßige ärztliche Versorgung in allen Landesteilen sowie Ortsnähe auch bei der stationären Versorgung, damit im Krankheitsfall dem Bürger schnell und angemessen Hilfe zuteil werden kann.
Ein modernes Krankenhauswesen erfordert zentrale Krankenhäuser mit hervorragender personeller und medizinisch-technischer Ausstattung. Daneben hat aber auch das kleinere Krankenhaus zur ortsnahen Versorgung seine Berechtigung. Diese leitet sich insbesondere aus mitmenschlichen Gesichtspunkten zur patienten- und familiennahen Krankenhausgrundversorgung ab, vor allem in den dünnbesiedelten ländlichen Räumen.
- Die KPV der CSU setzt sich dafür ein, daß die geistig und körperlich Behinderten ohne Zurücksetzung oder Isolierung in die Gemeinschaft aufgenommen werden. Dazu gehören auch entsprechende bauliche Einrichtungen.
- Die KPV der CSU will entsprechend dem Landesaltenplan der Bayerischen Staatsregierung den alten Mitbürgern solange wie möglich die volle Teilnahme in der Gemeinschaft und ihrer vertrauten Umwelt erhalten.
- Die KPV der CSU fordert für die ausländischen Arbeitnehmer geordnete Wohn- und Lebensverhältnisse.

X. Partnerschaft zwischen den Gemeinden: Mitverantwortung für Europa

Die Freiheit ist unteilbar. Freiheit der Gemeinden und der Bürger kann es nur in einem freien Deutschland und in einem freien Europa geben. Europa wird als politische Gemeinschaft der freien Europäer nur dann verwirklicht, wenn es in den Fundamenten der Staatswesen, in den Gemeinden, Wurzeln schlägt und vom Willen der Bürger getragen wird.

Die Menschen treffen sich auf der Ebene der Gemeinden. Hier ist ein Ort der internationalen Begegnung. Es gilt das Bewußtsein gemeinsamer europäischer Verantwortung zu stärken.

- Die KPV der CSU tritt deshalb nachdrücklich für den Ausbau und die Pflege der Partnerschaft zwischen den Gemeinden des freien Europas ein. Dabei muß der Schwerpunkt auf der Begegnung der Menschen und ihrer Vereinigungen liegen. Die Partnerschaften dürfen sich nicht in Treffen der Gemeindevertretungen und der Verwaltungen erschöpfen.
- Im Interesse der Sicherung der Freiheit und zur Abwehr von Sozialismus, Kollektivismus und Volksfront in Europa setzt sich die KPV der CSU entschieden für die Zusammenarbeit aller freiheitlich gesinnten politischen Kräfte auch auf der Ebene der europäischen Gemeinden ein.